

Europarecht

Herdegen

25. Auflage 2025
ISBN 978-3-406-80555-4
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Grundrisse des Rechts

Matthias Herdegen · Europarecht


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Europarecht

von

Dr. DDr. h. c. Matthias Herdegen

o. Professor an der
Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

25., überarbeitete und erweiterte Auflage 2025
beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



C.H. BECK

Zitiervorschlag:
Herdegen EuropaR § 1 Rn. 1


beck.de
ISBN 978 3 406 80555 4
ISBN E-Book 978 3 406 80556 1

© 2025 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: 3w+p GmbH, Rimpar
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 25. Auflage

Die Neuauflage nimmt wieder eine Reihe von – zuweilen weitreichenden – Entwicklungen auf.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat im Fall Klimaseniorinnen/Schweiz aus der Europäischen Menschenrechtskonvention eine Verpflichtung zum verstärkten Klimaschutz abgeleitet und mit diesem richterlichen Aktivismus eine lebhafteste Diskussion ausgelöst.

Im Frühjahr 2024 hat eine grundlegende Reform der Haushaltsregeln das Gefüge des „Stabilitäts- und Wachstumspaktes“ im Sinne einer „Flexibilisierung“ und Ausrichtung an den fiskalischen Verhältnissen überschuldeter Euro-Staaten umgestaltet. Es bleibt abzuwarten, ob hiermit bessere Anreize zur Haushaltsdisziplin gesetzt werden oder die Versuchungen einer bequemen Verschiebung von Haushaltslasten in die Zukunft wie bisher weiterwirken. Die Erosion des Asylsystems von Dublin und hoher Migrationsdruck haben ebenfalls im Frühjahr 2024 zu einer Reform des europäischen Asyl- und Migrationsregimes geführt. Dieses Maßnahmenbündel soll Mitgliedsstaaten mit EU-Außengrenzen entlasten und etwa mit Asylverfahren an den Außengrenzen Migration eindämmen.

Der EU-Gesetzgeber hat im Bereich des digitalen Binnenmarktes beachtliche Aktivitäten entfaltet. Der Digital Markets Act (DMA) soll durch bestimmte Standards für große Anbieter den unverfälschten Wettbewerb sichern und den Missbrauch marktbeherrschender Stellungen verhindern. Daneben ist das umstrittene Medienfreiheitsgesetz verabschiedet worden, das auch einen neuen Binnenpluralismus gewährleisten will und neue Aufsichtsstrukturen schafft. Mit der KI-Verordnung (AI-Act) hat die Europäische Union eine Vorreiterrolle bei einem gesetzlichen Risikomanagement im Bereich der künstlichen Intelligenz übernommen.

Die Zielsetzung des Grundrisses ist unverändert geblieben. Das Buch will einen umfassenden Einstieg in die vielgestaltigen Regelungsmaterialien geben, die sich unter dem begrifflichen Dach des „Europarechts“ zusammenfinden. Im Zentrum steht dabei das Recht der Europäischen Union. Einbezogen werden darüber hinaus auch andere Formen der institutionalisierten Zusammenarbeit, die in den

letzten Jahren für ein zusammenwachsendes Europa ständig an Bedeutung gewonnen haben: insbesondere das Recht des Europarates mit der Europäischen Menschenrechtskonvention und der OSZE-Prozess. Diese Materien stehen häufig am Rande einer Befassung mit dem Europarecht, das auch heute noch gern auf das Recht der Europäischen Union reduziert wird. Ihre Einbeziehung ist deswegen geboten, weil sie für ein Verständnis des europäischen Integrationsprozesses schlicht unentbehrlich sind. So verschafft die Kenntnis der Europäischen Menschenrechtskonvention als Keim gemeineuropäischer Verfassungsstandards dem angehenden Juristen überhaupt erst den Zugang zu wesentlichen Facetten der europäischen Rechtskultur. Das Rechtsschutzsystem der EMRK gehört längst zum juristischen Grundwissen.

Das Buch wendet sich in erster Linie an Studierende. Trotz des Bemühens um eine konzentrierte Darstellung will der Band auch Schwerpunktbereichskandidaten eine solide Grundlage bieten. Dies gilt insbesondere für die Vernetzung des Europäischen Unionsrechts mit dem Staatsrecht sowie für aktuelle Problemfelder. Heute verlangen auch das Staats- und Verwaltungsrecht, das Zivilrecht und inzwischen auch das Strafrecht den Studierenden verlässliche Kenntnisse im Europarecht ab.

Mein Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Lehrstuhls, insbesondere Frau Lisa Domeier, Frau Katharina Kronhardt, Herrn Noah Massion, Frau Linda Lange, Herrn Philipp Ludwig, Frau Lena Plewe, Herrn Clemens Röttgen, Frau Anna Stephan und Frau Emilia Weiss.

Bonn, im Oktober 2024

Matthias Herdegen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 25. Auflage	V
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Literaturhinweise und Internetadressen	XXIII

1. Teil. Grundlagen

§ 1. Europarecht als System vernetzter Ordnungen	1
I. Europarecht im engeren Sinne	1
II. Europarecht im weiteren Sinne	3
III. Die unterschiedliche Finalität der europarechtlichen Ordnungen	6
IV. Begriffliche Klärungen	8
§ 2. Europarat	9
I. Ziele und Struktur	9
II. Europaratsabkommen	11
§ 3. Die Europäische Menschenrechtskonvention als gemeineuropäischer Grundrechtsstandard	12
I. Bedeutung der EMRK	12
II. Konventionsorgane	18
III. Verfahren und Urteilstwirkungen	19
IV. Rechtsprechung des EGMR zu einzelnen Konventionsrechten	25
1. EMRK als „living instrument“ und autonome Auslegung der Konventionsrechte	25
2. Schutzpflichten aus der Konvention	31
3. Verbot unmenschlicher Behandlung	32
4. Schutz der Familie und der Privatsphäre	35
5. Meinungsfreiheit	37
6. Eigentumsschutz	38
7. Diskriminierungsverbote	41
8. Schranken der Konventionsrechte und „margin of appreciation“	42
V. Geltung der EMRK im innerstaatlichen Recht	49
VI. Die Bedeutung der EMRK für den Grundrechtsschutz in der Europäischen Union	53
VII. EMRK und Verpflichtungen aus der UN-Charta	58

§ 4. Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Union	61
I. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl	62
II. Die Römischen Verträge: Gründung der Europäischen (Wirtschafts-)Gemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft	64
III. Der weitere Ausbau der Gemeinschaftsordnung	66
IV. Der Vertrag von Maastricht über die Europäische Union	67
1. Die Begründung der „Europäischen Union“	68
2. Änderung der Gemeinschaftsverträge	68
3. Abkommen zur Sozialpolitik	69
V. Europäischer Wirtschaftsraum und Beziehungen zur Schweiz	70
VI. Erweiterung der Europäischen Union 1995	71
VII. Sonderentwicklungen (Abkommen von Schengen und Dublin)	72
VIII. Vertrag von Amsterdam	72
IX. Vertrag von Nizza	73
X. Erweiterung der Europäischen Union 2004 und 2007	74
XI. Vom Verfassungsvertrag für Europa zum Vertrag von Lissabon	75
XII. Beitritt weiterer südosteuropäischer Staaten und der Türkei	79
XIII. Austritt des Vereinigten Königreichs	81
XIV. Territorialer Geltungsbereich des Rechts der Europäischen Union	82
§ 5. Die Rechtsnatur der Europäischen Union	84
I. Die Europäische Union als internationale Organisation	84
1. Rechtspersönlichkeit im Völkerrecht	84
2. Die Geltung des allgemeinen Völkerrechts	86
3. Rechtsfähigkeit im innerstaatlichen Rechtsverkehr	91
4. Vorrechte und Immunitäten	91
II. Die Supranationalität der Europäischen Union	92
1. Das Unionsrecht als autonome Rechtsordnung	93
2. „Durchgriffswirkung“ des sekundären Unionsrechts	93
III. Das System der Europäischen Union als „Staatenverbund“	94
§ 6. Das Verhältnis der Europäischen Union zu den Mitgliedstaaten	98
I. Die Mitgliedstaaten als „Herren der Verträge“	99
II. Beitritt und Ausscheiden einzelner Mitgliedstaaten	101
1. Beitritt eines neuen Mitgliedstaats	101
2. Ausscheiden eines Mitgliedstaats	102

III. Grundwerte und Grundprinzipien im Verhältnis zwischen Union und Mitgliedstaaten	103
1. Grundwerte der Europäischen Union	103
2. Pflicht zur Loyalität und Vertragstreue (Art. 4 Abs. 3 EUV)	107
3. Koordinierung der Wirtschaftspolitik (Art. 119 AEUV)	108
4. Diskriminierungsverbot (Art. 18 AEUV)	109
5. Subsidiaritätsprinzip (Art. 5 Abs. 3 EUV)	113
6. Schutz- und Notstandsklauseln	114
7. Beziehung zu den nationalen Parlamenten	115
2. Teil. Das Recht der Europäischen Union	
§ 7. Institutionen der Europäischen Union	117
I. Überblick	117
1. Grundlinien der Organstruktur	117
2. Die Organe der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft	117
3. Funktionsteilung im Unionssystem	118
4. Sitz der Organe	120
5. Verwaltungspersonal	120
6. Verhältnis zwischen den Organen	121
II. Europäischer Rat	122
1. Allgemeines	122
2. Zusammensetzung und andere organisatorische Aspekte	122
3. Beschlussfassung	123
4. Aufgaben	123
III. Rat	124
1. Allgemeines	124
2. Zusammensetzung und andere organisatorische Aspekte	124
3. Beschlussfassung	127
4. Aufgaben	133
5. Staatsrechtliche Bindungen des Ratsvertreters	134
IV. Kommission	145
1. Allgemeines	145
2. Zusammensetzung	146
3. Beschlussfassung und Geschäftsordnung	149
4. Aufgaben	149
5. Verwaltungsorganisation	152
V. Europäisches Parlament	154
1. Allgemeines	154
2. Zusammensetzung und Organisation	155
3. Aufgaben	159
4. Exkurs: Politische Parteien	162

VI. Gerichtshof der Europäischen Union	163
1. Allgemeines	163
2. Organisation und Verfahrensregeln des EuGH	164
3. Das Gericht (EuG)	166
4. Fachgerichte	167
5. Die Rechtsprechung des EuGH als Integrationsfaktor	167
VII. Rechnungshof	168
VIII. Europäische Zentralbank	168
IX. Nebenorgane	169
1. Wirtschafts- und Sozialausschuss	169
2. Ausschuss der Regionen	169
X. Sonstige Institutionen	170
1. Europäische Investitionsbank	170
2. Weitere rechtlich selbstständige und sonstige Institutionen zur Erfüllung der Vertragsziele	171
XI. Institutionelles Gleichgewicht	183
§ 8. Rechtsquellen des Unionsrechts	184
I. Überblick	184
II. Primäres Unionsrecht	186
1. Die Verträge und ihre zugehörigen Bestandteile als Grundordnung der Union	186
2. Allgemeine Rechtsgrundsätze des Unionsrechts	191
3. Charta der Grundrechte der Europäischen Union	195
4. Anwendungsbereich der Grundrechte	208
5. Der Beitritt der Europäischen Union zur EMRK	210
III. Völkerrechtliche Übereinkommen als Bestandteil der Unionsrechtsordnung	211
IV. Sekundäres Unionsrecht	212
1. Verordnungen	212
2. Richtlinien	213
3. Delegierte Rechtsetzung	225
4. Beschlüsse	225
5. Empfehlungen und Stellungnahmen	226
6. Erlass von Durchführungsvorschriften	226
7. Sonstige Rechtsakte	227
V. Die Kompetenzen der Union und der Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung	228
1. Erfordernis einer vertraglichen Grundlage für die Verbands- und Organkompetenz	228
2. Ungeschriebene Unionskompetenzen	229
3. Die „Generalermächtigung“ des Art. 352 AEUV	230
4. Typologie der Unionskompetenzen	231
5. Verstärkte Zusammenarbeit	232
VI. Verfahren der Rechtsetzung	233
1. Allgemeines	233

2.	Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren	233
3.	Die besonderen Gesetzgebungsverfahren	236
4.	Verfahren bei Rechtsakten ohne Gesetzescharakter	237
5.	Begründungspflicht, Unterzeichnung, Veröffentlichung, Inkrafttreten von Rechtsakten	237
VII.	Auslegung des Unionsrechts und richterliche Rechtsfortbildung	238
VIII.	Gültigkeitsvermutung für Rechtsakte der Unionsorgane	240
§ 9.	System des Rechtsschutzes in der Europäischen Union	241
I.	Der EuGH als Garant des Rechtsschutzes	241
II.	Vertragsverletzungsverfahren	242
1.	Klage der Kommission	242
2.	Klage eines Mitgliedstaates	243
3.	Ausschließliche Zuständigkeit des EuGH in Streitigkeiten zwischen Mitgliedstaaten im Anwendungsbereich der Verträge	244
III.	Nichtigkeitsklage	244
1.	Allgemeines	244
2.	„Organstreit“	246
3.	Nichtigkeitsklage Einzelner	247
4.	Die Subsidiaritätsklage der nationalen Parlamente	250
IV.	Untätigkeitsklage	252
V.	Vorabentscheidungsverfahren	252
1.	Gegenstand und Bedeutung	252
2.	Vorlageberechtigung und Vorlagepflicht	254
3.	Zweifel an der Gültigkeit des sekundären Unionsrechts: das „Verwerfungsmonopol“ des EuGH	255
4.	Einstweiliger Rechtsschutz	256
5.	Bindungswirkung von Vorabentscheidungen	258
6.	Der EuGH als gesetzlicher Richter	258
VI.	Schadensersatzklage und Haftung der Union	259
VII.	Das Maß richterlicher Ermessenskontrolle	260
§ 10.	Unionsrecht und nationales Recht	263
I.	Vorrang des Unionsrechts	263
II.	Haftung der Mitgliedstaaten für die Verletzung von Unionsrecht	268
1.	Richterrechtliche Haftungsgrundsätze	268
2.	Staatshaftung für Nichtumsetzung von Richtlinien	269
3.	Haftung für Gesetzgebungsakte und für Verwaltungshandeln	271
4.	Haftung für rechtsprechende Tätigkeit	274
5.	Ausgestaltung der Staatshaftung durch das nationale Recht	274

III. Unionsrecht und Grundgesetz	275
1. Die verfassungsrechtliche Integrationsermächtigung und ihre Schranken	275
2. Die verfassungsgerichtliche Kontrolle	283
IV. Bundesverfassungsgericht und Europäischer Gerichtshof	293
V. Nationaler Vollzug des Unionsrechts	294
VI. Unionsrechtliche Einwirkungen auf die Dogmatik des Verwaltungsrechts	301
VII. Rechtsschutz gegen transnationale Verwaltungsakte	303
§ 11. Die Finanzverfassung der Europäischen Union	304
I. Haushaltsplan	304
II. Einnahmen und Ausgaben	307
1. Haushaltseinnahmen	307
2. Haushaltsausgaben	309
III. Finanzielle Aktivitäten außerhalb des Haushaltes der Union	313
§ 12. Unionsbürgerschaft	313
I. Bedeutung	313
II. Diskriminierungsverbot (Art. 18 AEUV)	316
III. Freizügigkeit als Unionsbürgerrecht	317
IV. Politische Mitwirkungsrechte	324
1. Kommunalwahlrecht	324
2. Wahl zum Europäischen Parlament	326
V. Diplomatischer Schutz	326
§ 13. Europäische Wirtschaftsverfassung und die Verwirklichung des Binnenmarktes	327
I. Der Binnenmarkt als Leitziel wirtschaftlicher Integration	327
II. Instrumentarien zur Verwirklichung des Binnenmarktes	328
III. Die Bedeutung der „Generalermächtigung“ des Art. 352 AEUV	329
§ 14. Die Marktfreiheiten	330
I. Die Marktfreiheiten als Pfeiler des Binnenmarktes	330
II. Die gemeinsame Struktur: die Marktfreiheiten als Diskriminierungs- und Beschränkungsverbot	331
III. Das Zusammenspiel von Grundrechten und Marktfreiheiten	336
IV. Schutzrichtung	338
1. Bindung der Mitgliedstaaten und der Unionsorgane	338
2. „Drittwirkung der Marktfreiheiten“	338

§ 15. Freier Warenverkehr	342
I. Abschaffung der Binnenzölle und Abgaben gleicher Wirkung	342
II. Verbot mengenmäßiger Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung	342
1. Bedeutung für den Binnenmarkt	342
2. Maßnahmen gleicher Wirkung in Art. 34 AEUV: die „Dassonville-Formel“	344
3. Die Ausgrenzung bestimmter Waren	346
4. Die Ausgrenzung nichtdiskriminierender Verkaufsbeschränkungen vom Verbot des Art. 34 AEUV: die „Keck-Formel“	346
5. Nutzungsbeschränkungen	350
6. Drittwirkung	350
7. Ausfuhrfreiheit	351
III. Rechtfertigungen für Handelsbeschränkungen	352
1. Immanente Schranken des Art. 34 AEUV: die „Cassis de Dijon-Formel“	352
2. Rechtfertigung nach Art. 36 AEUV	355
3. Verhältnismäßigkeitsprüfung	356
4. Der Schutz des gewerblichen und kommerziellen Eigentums	362
IV. Die rationalitätsstiftende Wirkung der Rechtsprechung des EuGH	366
V. Handelsmonopole	367
§ 16. Freiheiten des Personenverkehrs	367
I. Freizügigkeit der Arbeitnehmer	368
1. Gegenstand der Freizügigkeit der Arbeitnehmer	368
2. Drittwirkung	370
3. Schranken und Ausnahmen	371
4. Sekundärrecht	373
II. Niederlassungsfreiheit	377
1. Inhalt	377
2. Schranken und Ausnahmen	384
3. Sekundärrecht	385
III. Umgekehrte Diskriminierung	386
§ 17. Dienstleistungsfreiheit	387
I. Gegenstand der Dienstleistungsfreiheit	387
II. Zulässige Beschränkungen	390
III. Sekundärrecht	392
§ 18. Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs	397

§ 19. Rechtsangleichung	403
I. Sekundäres Unionsrecht	403
II. Völkervertragliche Rechtsangleichung	411
§ 20. Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	411
I. Politik der Grenzsicherung, Asyl und Einwanderung	412
II. Das Regime von Schengen	421
III. Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	423
IV. Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	424
V. Polizeiliche Zusammenarbeit	428
§ 21. Landwirtschaft	429
§ 22. Wettbewerbsordnung	433
I. Allgemeines	433
II. Das Kartellverbot des Art. 101 AEUV	436
1. Verbot wettbewerbsbeschränkender Verhaltensformen (Art. 101 Abs. 1 AEUV)	436
2. Nichtigkeit verbotener Absprachen und Schadensersatz	440
3. Freistellung (Art. 101 Abs. 3 AEUV)	442
III. Missbrauchsverbot des Art. 102 AEUV	444
IV. Zuständigkeit und Verwaltungsverfahren	448
V. Fusionskontrolle	450
VI. Extraterritoriale Geltung des Wettbewerbsrechts	453
VII. Öffentliche Unternehmen (Art. 106 AEUV)	454
VIII. Verhältnis des EU-Wettbewerbsrechts zum nationalen Wettbewerbsrecht	458
IX. Staatliche Beihilfen	459
X. Internationale Wettbewerbsordnung	465
XI. Offener Netzzugang und Entflechtung	466
§ 23. Wirtschafts- und Währungspolitik: die Wirtschafts- und Währungsunion	469
I. Wirtschaftspolitik	470
1. Grundzüge	470
2. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt	472
3. Haushaltsüberwachung	475
4. Das Verbot der monetären Staatsfinanzierung	479
5. Die Alleinhaftung der Mitgliedstaaten für ihre Verbindlichkeiten	483
6. Der Beistand für überschuldete Eurostaaten	484
7. Verpflichtung zur Haushaltsdisziplin und vertragliche Sanktionen	491
II. Währungspolitik	500
III. Die Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft	503
IV. Institutionelles System der Währungsunion	506

V. Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion	511
1. Das Europäische Währungssystem als Vorstufe der gemeinsamen Währung	511
2. Die stufenweise Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion	511
3. Die Konvergenzkriterien	512
4. Verfahren zur Einführung des Euro in den Mitgliedstaaten	515
5. Ursprüngliche und spätere Teilnehmerstaaten	516
6. Mitgliedstaaten mit Ausnahme- oder Sonderstatus	517
7. Bindungen nach deutschem Staatsrecht	518
8. Nachträgliches Ausscheiden eines Teilnehmerstaates	520
9. Durchführung der Währungsumstellung	521
10. Europäische Bankenunion	523
11. Vorschläge zu einer weiteren Stabilisierung der Europäischen Währungsunion	525
12. Der Euro als gesetzliches Zahlungsmittel außerhalb der Europäischen Union	526
§ 24. Umweltpolitik	527
§ 25. Sozialpolitik	533
I. Allgemeines	533
II. Spezielle Mechanismen der Rechtsetzung	536
III. Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Arbeitsleben	538
IV. Europäischer Sozialfonds	544
§ 26. Sonstige Politikbereiche	545
I. Beschäftigungspolitik	545
II. Verkehrspolitik	546
III. Bildungs- und Kulturpolitik	547
IV. Gesundheitspolitik	549
V. Verbraucherschutz	549
VI. Energiepolitik	550
VII. Industriepolitik	552
VIII. Regionalpolitik	552
IX. Forschungs- und Raumfahrtpolitik	553
X. Tourismuspolitik	554
XI. Katastrophenschutz	554
XII. Verwaltungszusammenarbeit	554
§ 27. Auswärtiges Handeln der Union	555
I. Außenkompetenzen	555
1. Allgemeines	555
2. Gemeinsame Handelspolitik	556
3. Restriktive Maßnahmen	559

- II. Internationale Übereinkünfte 561
 - 1. Vertragsabschlusskompetenz 561
 - 2. Vertragsabschlussverfahren 564
- III. Die Europäische Union und die Welthandelsordnung (GATT/WTO) 565
 - 1. Völkerrechtliche Bindung der Europäischen Union 565
 - 2. Anwendbarkeit der WTO-Vorschriften im Unionsrecht 567
- IV. Assoziierungs- und Partnerschaftsabkommen 571
- V. Europäischer Wirtschaftsraum 575
- VI. Union für das Mittelmeer 576
- VII. Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen 576
- VIII. Wirtschaftsbeziehungen mit Lateinamerika und Asien 579
- IX. Solidarität 581
- § 28. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik 581
 - I. Gemeinsame Bestimmungen 581
 - II. Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik 585
- 3. Teil. Sonstige Formen der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik**
- § 29. Westeuropäische Union (WEU) und der Übergang ihrer Aufgaben auf die Europäische Union 591
- § 30. Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) 592
 - I. Entwicklung des KSZE-Prozesses bis hin zur OSZE 592
 - II. Institutionen 597
- Sachverzeichnis 601